

Entwicklungen & Trends 2012

Witterung, Bodennutzung, Tierhaltung und Preise

von Onno Poppinga

Wetter und anderes mehr

Vor allem für die Getreidebauern war 2012 ein durchaus »kitzeliges« Jahr. Nach guten Bestellbedingungen im Herbst und einem anfangs milden Winter fielen Mitte Februar die (nächtlichen) Temperaturen für circa zwei Wochen auf minus 20 Grad. Da es keine nennenswerte Schneedecke gab, wurden die Getreide- und Rapsbestände heftig attackiert. In von Region zu Region sehr unterschiedlichem Ausmaß kam es zu starken Schäden durch Auswinterung. Betroffen war vor allem die Weizensaat, während die Roggensaart den beißenden Kahlfrost durchweg besser überstand (was angesichts typischer Eigenschaften des Roggens auch keine Überraschung ist). Nachdem die ersten Spätwinterwochen erreicht waren, trieb viele Bauern die Frage um: Umbrechen oder auf Erholung der Bestände hoffen? In einem seit vielen Jahren nicht mehr gekannten Umfang musste erneut eine Bodenbearbeitung durchgeführt und neu gesät werden. Saatgut wurde so knapp, dass es teilweise aus weit entfernten Regionen beschafft werden musste: knapp und sehr, sehr teuer. Bisweilen wurden, wenn nur Teile eines Schlages betroffen waren, auch nur diese Teile mit Sommergetreide (oder Mais) bestellt. Für den Mähdrusch ergaben sich dann häufig zum Erntetermin lange nicht mehr aufgetretene Erschwernisse.

Die zusätzliche Saatgutbestellung, die zusätzliche Bodenbearbeitung und die zusätzliche Herbizid-Behandlung (konventionelle Betriebe) führten zu hohen Zusatzkosten; allerdings wurden sie dann durch die sehr guten Getreidepreise mehr als aufgefangen.

Wie schon so häufig gab es von Ende April bis Ende Mai eine Hitzeperiode, die den ersten Grassilageschnitt zu einer leichten Übung machte. Wer sich traute und das Gras auch für die Heubereitung (sehr früh) schnitt, hatte ebenfalls prima Bedingungen. Von Ende Mai bis in den Juli hinein gab es dann »Regen satt«. Viele Schwalben verloren durch den damit einhergehenden Nahrungsmangel einen Teil ihrer ersten Brut. Die ersten Wochen der Getreideernte waren »durchwachsen«, doch dann erleichterten überwiegend sonnige und trockene Wochen den Ernteverlauf. Auch die Zuckerrüben- und die Maisernte konnte sehr flüssig bewerkstelligt werden. Wie schon so häufig mit Ausnahme zahlreicher Regionen im Küstenbereich, wo die Maisernte zum Teil mit den schon üblichen Flurschäden verbunden war. Dörfer in der Nähe einer Biogasanlage erleben ein neues »Erntefest« – mehrtägiger Lärm von überbreiten und über schweren Transportfahrzeugen!

**Umbruch
oder Neueinsaat?**

Neues »Erntefest«

Boden und Arbeit

Noch immer viele kleine Betriebe

Im April 2012 erschien die »Landwirtschaftszählung, Agrarstrukturerhebung 2010«. ¹ Als Folge der Kürzungspolitik gegenüber den zentralen Statistikeinrichtungen in Deutschland erscheint diese wichtige Veröffentlichung jetzt leider nur noch im dreijährigen Rhythmus. Bedauerlich ist zudem der große Abstand zwischen Erhebungs- und Erscheinungsjahr. Liest man die Berichterstattung in der landwirtschaftlichen Presse, ² so wird vor allem der gerade in den letzten Jahren sehr starke Wachstums- und Verdrängungsprozess betont: »Strukturwandel geht weiter«, »Zahl viehhaltender Betriebe deutlich zurückgegangen«, »starke Konzentrationsprozesse in der Legehennenhaltung, Hähnchen- und Putenmast«. Aber gerade weil das in der Tat der dominante Prozess ist, besteht die Gefahr, dass übersehen wird, dass immer noch viele kleine und kleinste Betriebe an ihrer Landwirtschaft festhalten:

- Allein 53 000 Betriebe, die fünf Hektar oder weniger bewirtschaften, werden in der Strukturerhebung 2010 nicht mehr berücksichtigt, da sie unterhalb der angehobenen Erfassungsgrenze liegen.
- 138 000 Betriebe (von insgesamt 300 000) gibt es noch, die weiterwirtschaften, obwohl sie nur 20 Hektar oder weniger zur Bewirtschaftung zur Verfügung haben.
- 25 000 Betriebe halten noch Schweine in Beständen mit weniger als 50 Tieren.

Auch wenn der Anteil dieser Betriebe an der Produktionsleistung nur noch gering ist, wird sich ihre Bedeutung spätestens dann zeigen, wenn eintritt, was die Diskussion am »Peak oil« ankündigt: Fossile Energie wird knapp und teuer! Wenn im scharfen Kontrast zur Entwicklung der letzten 60 Jahre die Bedeutung von nachwachsender Energie und damit von Arbeit wieder wachsen sollte, die von Kapital dagegen zurückgeht, wird es außerordentlich wichtig sein, noch möglichst viele Menschen zu haben, die Ahnung von Bodenbewirtschaftung haben.

Die wichtigsten Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung in Stichworten:

- 16,7 Millionen Hektar Land werden bewirtschaftet. Davon werden 11,8 Millionen Hektar als Ackerland, 4,6 Millionen Hektar als Grünland genutzt.
- Der Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Flächen setzte sich fort. Zum Vergleich: 1995 umfasste die Landwirtschaftsfläche noch 17,3 Millionen Hektar. In gut eineinhalb Jahrzehnten gingen knapp 700 000 Hektar verloren! Von den Verlusten war vor allem das Grünland betroffen; beim Ackerbau glichen sich Landverluste und Umbruch von Grünland in etwa aus.
- Vom März 2009 bis zum Februar 2010 arbeiteten rund 1,1 Millionen Menschen in der Landwirtschaft. Im Vergleich zu 2007 ist das ein Rückgang von sechs Prozent.
- Die in den letzten Jahren besonders sichtbar werdenden Änderungen im Charakter der Landwirtschaft spiegeln sich auch in der Struktur der Arbeitskräfte. Zurück ging vor allem die Zahl der Familienarbeitskräfte (minus 14 Prozent). 18 Prozent der Arbeitskräfte waren dauerhaft beschäftigte Angestellte (plus sechs Prozent gegenüber 2007). Saisonarbeitskräfte machten 31 Prozent aus (plus ein Prozent). Zwar ist der Anteil der Familienarbeitskräfte mit 51 Prozent immer noch deutlich der höchste, der Trend zum durch Lohnarbeit »erweiterten Familienbetrieb« bzw. zu einem Betrieb mit Schwerpunkt Lohnarbeit ist aber deutlich ausgeprägt.

Landverluste vor allem bei Grünland

Betriebe

Gegenüber 2007 haben 22 500 Betriebe aufgehört (minus 6,5 Prozent). Die Wachstumsschwelle ist inzwischen bei 100 Hektar LF angekommen (darüber nimmt die Zahl der Betriebe zu, darunter ab). Die Zahl der Betriebe mit hundert Hektar Fläche und mehr nahm um 1 900 auf 33 600 Betriebe zu.

91 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe sind Einzelunternehmen (sie bewirtschaften circa zwei Drittel der Gesamtfläche), sieben Prozent werden als Personengesellschaften und weitere zwei Prozent in der Rechtsform juristische Person geführt. Gegenüber 2007 nahm die Zahl der Personengesellschaften um 15 Prozent und damit deutlich zu, die der familienbetrieblich organisierten Betriebe dagegen um acht Prozent ab.

Zwar halten noch 72 Prozent der Betriebe auch Nutztiere, die Zahl der viehlosen Betriebe stieg aber gegenüber 2007 um neun Prozent! Besonders stark war der Rückgang bei den Schweinehaltenden Betrieben (minus 19 Prozent!).

Während bei den Rindern die Gesamtzahl der Tiere gegenüber 2007 in etwa unverändert blieb, nahmen die Zahlen bei Schweinen und bei Geflügel zu. Die Zahl der Pferde verminderte sich um drei Prozent leicht, die der Schafe dagegen um 16 Prozent stark. Gemessen in Großvieheinheiten fand von 2007 auf 2010 ein Abbau der Tierbestände von immerhin zwei Prozent statt.

Dabei steigt die Konzentration der Tierhaltung bei allen Tierarten an: Bei den *Kühen* hält zwar der Großteil der Milchkuhhalter (70 Prozent) weniger als 50 Kühe, in der Summe stehen aber in diesen vielen Betrieben nur noch 34 Prozent der Milchkühe. Mehr als 50 Kühe halten nur 30 Prozent der Betriebe; auf sie entfallen aber knapp zwei Drittel aller Kühe. Als Folge der schrittweisen Anhebung der Milchquote stieg die Gesamtzahl an Milchkühen um drei Prozent leicht an. Am stärksten war der Zuwachs dort, wo die Kuhdichte ohnehin schon am höchsten ist: plus elf Prozent in Schleswig-Holstein, plus zehn Prozent in Niedersachsen.

Nur 15 Prozent der Betriebe halten 1 000 und mehr *Mastschweine*. Sie aber mästen bereits 64 Prozent aller Schweine. Dagegen verfügen die Betriebe mit bis zu 100 Tieren (sie stellen die

**Konzentration in
der Tierhaltung steigt**

Zwischenfrage: Was ist das eigentlich – »Landwirtschaft im Jahr 2011/2012«?

Ich möchte diese Zwischenbemerkung mit zwei weiteren Daten aus dem Agrarstrukturbericht 2010 einleiten:

1. Mit 281.000 Euro Kapital je Erwerbstätigem gehört die Landwirtschaft zu den kapitalintensiven Branchen der Wirtschaft überhaupt (zum Vergleich: In der Industrie sind es 170.000 Euro je Erwerbstätigem, im Baugewerbe 34.000 Euro und im Handel 55.000 Euro). Darin ist das im eigenen Boden »schlummernde« Kapital/Vermögen noch nicht einmal enthalten.
2. 61 000 landwirtschaftliche Betriebe verfügten 2010 über Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie: 56 206 mit Solarenergie, 3 867 hatten eine Biogasanlage, 1 983 eine Windkraft- und weitere 620 Betriebe eine Wasserkraftanlage.

Es sind gerade die Biogasanlagen, die mich zu den Fragen bringen: Es gibt sehr viele (vor allem ältere) Biogasanlagen, die sehr gut in den landwirtschaftlichen Betrieben integriert sind. Über sie wird ein zusätzlicher Nutzen angestrebt. Anlagen mit einer Leistung von 250 Kilowattstunden und mehr – allein schon ein optischer Vergleich dieser technischen Anlagen zur älteren Hofanlage wirft die Frage auf: hat sich da nicht etwas verschoben? Wird hier nicht ein grundsätzlicher Wandel im Charakter des Betriebes vollzogen? Und ist das noch Landwirtschaft?

Oder umgekehrt gefragt: Was eigentlich ist Landwirtschaft? Bekanntlich wird der Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Theorie ein Sonderplatz eingeräumt. Sie ist der »primäre Sek-

tor.«³ Mehr noch: Ihr Kennzeichen ist die Einheit von Nutzen und Wiederherstellen (oder von Produktion und Reproduktion). Der Boden wird – eine wirklich »ordnungsgemäße« Nutzung vorausgesetzt – nicht verbraucht, sondern seine Fruchtbarkeit wird durch die Nutzung erhalten und die Höhe einer Agrarkultur spiegelt sich darin, ob durch die Nutzung die Fruchtbarkeit noch weiter gesteigert wird oder nicht. Grundlage für diese wunderbaren Vorgänge sind die Arbeit (Kenntnisse und eine Denkweise/ein Erfahrungswissen, das der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit einen hohen Rang einräumt) und die Energie der Sonne, die es klug zu nutzen gilt. Bis vor gut sechzig Jahren war der Einsatz fossiler Energie in der Landwirtschaft noch geradezu winzig. Die Kühe wurden von Hand gemolken, das Getreide mit der Sichte oder Sense gemäht, Pferde, Ochsen und Kühe bildeten das Fundament der »Produktionsprozesse«.

Der Beitrag von Peter Mayrhofer in diesem Kritischen Agrarbericht (S. 137–141) macht dagegen sehr deutlich, dass bei vielen der von ihm untersuchten Betriebe das Verhältnis von Aufwand an fossiler Energie und Gehalt an Energie in den Erzeugnissen der Landwirtschaft inzwischen in der Nähe von oder sogar unter dem Faktor eins liegen. Das bedeutet nicht weniger, als dass diese Betriebe mehr fossile Energie verbrauchen als sie über die Erträge reproduzieren können. Dabei gehören die von ihm berücksichtigten wirtschaftlichen Regionen zu einem großen Teil zu den eher weniger kapitalintensiven. Wenn Landwirtschaft nun eine Form der Produktion ►

**Jedes zweite Schwein
aus NRW und
Niedersachsen**

Hälfte der Betriebe dar) nur noch über zwei Prozent des Schweinebestandes in Deutschland. Die regionale Konzentration ist erschreckend groß geworden: Allein in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen stehen mehr als die Hälfte aller Schweine. Auch bei den *Zuchtsauen* gibt es noch sehr viele Betriebe mit Beständen von weniger als 100 Tieren (etwa zwei Drittel aller Betriebe). Die Betriebe mit 100 und mehr Sauen haben einen Anteil von einem Drittel an den Betrieben, halten aber 84 Prozent der Gesamtzahl der Tiere! Nach wie vor am weitesten zusammengeballt ist die Konzentration bei den *Legehennen*: ein Prozent der Betriebe halten 83 Prozent der Hennen. Ganz ähnliche Werte gelten für die *Puten- und Hähnchenmast*. Bei den *Schafen* gibt es noch 22 300 schafhaltende Betriebe. Auch bei dieser Tierart konzentrieren aber nur 16 Prozent der Betriebe mit 100 und mehr Tieren 80 Prozent aller Schafe auf sich.

Bodennutzung

Im Jahr 2012 hat sich insgesamt gesehen der Umfang des Getreideanbaus im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert.⁴ Innerhalb der Getreidearten gab es wegen der erheblichen Auswinterungsschäden bei Winterweizen und Wintergerste eine beachtliche Zunahme bei den Som-

aufweist, bei der der Verbrauch fossiler Energie die Prozesse bestimmt und nicht mehr die Nutzung der Sonnenenergie durch Bewirtschaftung des Bodens, so ist das keine Landwirtschaft im eigentlichen Sinne mehr, sie ist kein »primärer« Sektor mehr, sondern eine Form der Industrie.

Der bildhafte Vergleich einer großen Biogasanlage mit der daneben liegenden älteren Hofanlage kann als Hinweis gewertet werden, dass sich bei einem erheblichen Teil der bisher landwirtschaftlich genannten Betriebe etwas sehr Grundsätzliches verschoben hat. Von ihrer Funktionsweise her handelt es sich bei einem vielleicht sogar schon erheblich großen Teil der Betriebe nicht mehr um Landwirtschaft, sondern um eigentümergeführte Kleinindustrie. Leider hat sich die seit 30 Jahren von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft erhobene Forderung nach »Bauernhöfen statt Agrarfabriken« nicht durchsetzen können. Ich will diese Veränderung im Charakter vieler bisher landwirtschaftlichen Betriebe nicht werten und schon gar keine Verurteilung der Betriebe vornehmen, die diesen Weg gegangen sind. Ich glaube aber, dass vielleicht so manche Phänomene besser verständlich sind, wenn wir uns diesen grundsätzlichen Wandel eingestehen:

- Die sehr starken Konzentrationsprozesse bei der Fläche und den Nutztieren.
- Die anhaltende Zunahme der Tierbestandszahlen pro Betrieb und pro Arbeitskraft.
- Die zum Teil weit fortgeschrittene Lösung des Betriebes von den eigenen Produktionsgrundlagen durch ständige und umfangreiche Zukäufe (vor allem Dünge- und Futtermittel).

- Die Zunahme der Betriebe, die sich als Personengesellschaften organisieren gegenüber den Einzelunternehmen (Familienbetriebe).
- Die abnehmende Bedeutung der Familienarbeitskräfte gegenüber den Lohnarbeitskräften.
- Die anhaltende Zunahme des Einsatzes fossiler Energie (inklusive Maschinen und Anlagen) mit der Tendenz, mehr Energie zu verwenden als (über die Agrarerzeugnisse) zu erzeugen.
- Die sehr hohe Kapitalintensität pro Erwerbstätigem.

Die Veränderung vom landwirtschaftlichen Betrieb zur eigentümerbewirtschafteten Kleinindustrie hat vielfältige Konsequenzen: für das wirtschaftliche Handeln, für den Umgang untereinander. Aber auch für die Beziehungen zum Bauernverband, zur Verwaltung, zur Agrarindustrie. So ist es sehr wahrscheinlich, dass die »Vorspann-Politik« – wie sie Josef Krammer und Franz Rohrmoser in ihrem Beitrag auf S. 131–136 beschreiben – gegenüber einer eigentümerbasierten Kleinindustrie nicht mehr funktioniert – und das wäre ein großer Fortschritt! Vielleicht kann man beispielsweise den Erfolg des Bundes Deutscher Milchviehhalter, der sich ja bekanntlich für eine eigenständige Interessenpolitik der Milchviehbetriebe einsetzt (unabhängig von den alten Seilschaften der »grünen Front«) so verstehen: als ein Bündnis von eigentümerbewirtschafteten kleinen Agrarindriebetrieben mit denjenigen bäuerlichen Betrieben, die nach langjährigen Auseinandersetzungen die alten Spielregeln der Interessenpolitik nicht mehr akzeptieren.

mervarianten dieser Getreidearten. Die Zunahme des Sommerweizens gleicht aber den Rückgang des Weizenanbaus insgesamt (minus 5,7 Prozent) nicht aus. Interessanterweise kam es beim Roggen zu einer bemerkenswerten Anbauausdehnung um knapp 100 000 Hektar oder plus 15,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Während der Gerstenanbau in den letzten Jahren leicht rückläufig war, nahm er gegenüber dem Vorjahr wieder leicht zu. Der für die Fruchtfolge so wichtige Hafer verharrte vom Anbauumfang her auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Rapsanbau – ebenfalls in den letzten Jahren leicht rückgängig – blieb praktisch unverändert.

Der Silomais nahm 2012 eine Fläche von 2,056 Millionen Hektar ein und behauptete sein schon sehr hohes Niveau. Zuckerrüben wurden auf 404 000 Hektar, Kartoffeln auf 238 000 Hektar und Rotklee/Luzerne auf 273 000 Hektar angebaut.⁵ Für letzteren haben die Ökobetriebe eine ganz besondere Bedeutung. Für sie sind unverändert Rotklee und Luzerne die »Königinnen des Ackerbaus«.

Die Getreideerträge übertrafen bei allen Getreidearten sowohl die Ergebnisse des Vorjahrs als auch den langjährigen Durchschnitt (2006/2011). Im Durchschnitt aller Getreidearten erreichte der Ertrag 68,6 Doppelzentner pro Hektar oder umgerechnet plus 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Angesichts der gegenüber dem Vorjahr nochmal deutlich gestiegenen Marktpreise (je nach Fruchtart zwischen fünf und 25 Prozent) ergibt das für die Getreidebauern von der Erlösseite her ein sehr gutes Jahr (bei Raps ist es ähnlich).

Tierhaltung

Rinder

Bezüglich der Bestandszahlen, der Konzentrationsprozesse und der Aufgabe der Nutztierhaltung bzw. der Ruinierung von Tierhaltungsbetrieben setzten sich die in der Landwirtschaftszählung schon beschriebenen Prozesse fort.⁶ Im Zweijahresvergleich nahm die Zahl der Milchviehhalter um neun Prozent, die der Mutterkuhhalter um acht Prozent ab. Während bei den Milchkühen durch das starke Wachsen der Bestände die Zahl der Tiere sich sogar leicht erhöhte, ging sie bei den Mutterkühen um 40 000 Tiere zurück. Rückläufig hingegen ist die Bullenhaltung. Zehn Prozent oder über 100 000 Bullen weniger wurden 2012 gehalten. Dies ist überaus bemerkenswert, weil die Rindfleischpreise sich in den letzten Jahren auf einem vergleichsweise hohen Niveau eingependelt haben (Handelsklasse R3 bei 3,80–3,90 Euro pro Kilogramm). Die vielen für die Rindermast ungünstigen Jahre stecken den Landwirten offenbar noch »in den Knochen«.

Vertiefte Einblicke in die Konzentrationsprozesse in der Milchviehhaltung lässt eine Sonderauswertung des BMELV zu (März 2012):

- Erschreckend ist zum einen, dass in nur gut zehn Jahren sich die Zahl der milchviehhaltenden Betriebe um 40 Prozent (63 000 Betriebe) vermindert hat.
- Auffällig ist weiter, dass die »Wachstumsschwelle« inzwischen bei 60 Kühen liegt (darunter nimmt die Zahl der Betriebe ab).
- Auffällig ist aber auch, dass die bei weitem stärkste Zunahme sowohl bei der Zahl der Betriebe wie auch bei der Zahl der Kühe in der Betriebsgröße zwischen 100 und 200 Kühen erfolgt ist.

Es sind diese »erweiterten Familienbetriebe«, die das Wachstumstempo angeben. Die noch größeren Milchkuhbetriebe haben sich zwar zahlenmäßig behauptet, sie haben aber nur wenig zugenommen. Haben die vielen 40-, 60-, 80-Kuhbetriebe lange Zeit geglaubt, sie seien auf dem richtigen Weg, hätten für die Zukunft vorgesorgt, so stellen die überall zu beobachtenden neuen Wachstumsschritte auf 150, auf 200, auf 300 Kühe den bisherigen Kern der Milchviehhalter existenziell in Frage.

Eine überraschend neue »Erklärung« für das ärgerliche, weil extrem bürokratische und sachlich überflüssige Erfassungs- und Kontrollsystem bei den Rindern (Rinderkennzeichnung) lieferte übrigens das Statistische Bundesamt:⁷ »Ziel [des ›Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere‹ (HIT)] ist, den Markt für Rindfleisch durch verbesserte Transparenz

**Wenig Änderungen
in der Bodennutzung**

**Dramatischer
Strukturwandel bei
Milchviehbetrieben**

**Ohrmarken:
wechselnde
Argumente ...**

der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen zu stabilisieren.« Es darf an dieser Stelle erinnert werden: Eingeführt wurde das System (»Gelbe Ohrmarken«) durch den seinerzeitigen Bundeslandwirtschaftsminister Funke, der mit Hilfe des Kontrollsystems nachweisen zu können glaubte, dass es in Deutschland keine BSE-Erkrankungen gebe (erkrankte Rinder seien importiert worden). Das Argument hatte sich schon erledigt, bevor das System etabliert worden war. In den Folgejahren sollte die HIT-Datenbank dann deshalb unverzichtbar sein, um die Tierprämien sachgerecht auszahlen zu können. Das Argument erledigte sich mit der Entkoppelung. Neu nun: Wegen der Markttransparenz also soll das System notwendig sein. Mit dem Markt kann es allerdings etwas zu tun haben: Insider der Schlachthofbranche behaupten, dass über die gelben Ohrmarken die Erfassung und Abrechnung der Schlachttiere viel rationeller erfolgen würde.

... gleicher Stress

Gleichgeblieben sind nur der Stress der Bauern, ihre Gefährdung beim Einknippen der Ohrmarken (vor allem für Bullenhalter) und die Schmerzen der Tiere. Pro Jahr verunglücken nach Angabe der Berufsgenossenschaft beim Anbringen der gelben Ohrmarken zwischen 100 und 120 Menschen. Auch Todesfälle kommen vor.

Schweine

Im Zweijahresvergleich ging die Zahl der Betriebe mit Zuchtschweinen um 17 Prozent(!), die mit Mastschweinen dagegen nur um neun Prozent zurück.⁷ Hierin spiegelt sich deutlich die seit mehreren Jahren anhaltende kritische Lage zahlreicher Ferkelerzeugerbetriebe wider. Gegen den Trend bei den Zuchtschweinebetrieben nahm die Zahl dieser Betriebe zu in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Bei den Betrieben mit Mastschweinen gab es die stärksten Zunahmen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen-Anhalt.

Entwicklung der Intensität der Produktion

Einsatz von Mineraldünger

**Weniger
Düngereinsatz dank
hoher Preise**

Gegenüber dem Vorjahr, in dem die eingesetzten Mengen bei allen mineralischen Stickstoffdüngern stark angestiegen war, ging der Einsatz pro Hektar bei den Hauptnährstoffen N, P und K deutlich zurück, übertraf aber immer noch das langjährige Einsatzniveau (siehe Tabelle 1). Nur bei der Kalkung stieg der Einsatz weiter. Die agrargewerbliche Wirtschaft war überrascht über den Rückgang, da die Getreide- und Rapspreise ja auf hohem Niveau waren. Offenkundig haben aber die deutlich angestiegenen Preise für N, P und K das Kaufverhalten der landwirtschaftlichen Betriebe beeinflusst.⁸

Tab. 1: Aufwand an Nährstoffen in Kilogramm Nährstoffe je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche in Deutschland⁸

	Wirtschaftsjahr				
	1938/39	2008/09*	2009/10*	2010/11*	2011/12*
Stickstoff (N)	23,6	93,3	94,3	108,6	99,5
Phosphat (P ₂ O ₅)	28,3	10,5	14,1	17,4	15,0
Kali (K ₂ O)	43,4	10,8	21,8	26,4	23,4
Kalk (CaO)	56,4	128,8	119,6	132,7	140,0

* Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche ohne Brache

Einsatz von Pestiziden

Aus der Tabelle 2 über den Inlandsabsatz an Pestiziden geht hervor, dass der Absatz gegenüber 2010 deutlich zugenommen hat. Die Zunahme erstreckt sich vor allem auf Herbizide und die inertesten Gase; der Absatz an Insektizide und Akarizide ging dagegen leicht zurück.⁹

Für 2011/2012 vermeldete der Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft, dass der Markt für Pflanzenschutzmittel preis- aber auch mengenbedingt leicht gewachsen sei.¹¹

Tab. 2: Inlandsabsatz an Wirkstoffen, Entwicklung seit 2002 in Tonnen¹⁰

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Herbizide	14 328	15 350	15 923	14 698	17 015	17 147	18 626	14 619	16 675	17 955
Fungizide	10 129	10 033	8 176	10 184	10 251	10 942	11 505	10 922	10 431	10 474
Insektizide und Akarizide	742	779	1 082	827	813	1 092	909	1 030	941	883
Sonstige	9 479	9 593	9 950	9 785	10 707	11 563	12 380	12 186	12 797	14 553
Ohne inerte Gase	4 332	4 002	3 704	3 803	3 740	3 502	3 624	3 591	3 378	3 755
inerte Gase	5 147	5 591	6 246	5 982	6 967	8 061	8 756	8 595	9 419	10 798
Summe	34 678	35 755	35 131	35 494	38 786	40 744	43 420	38 757	40 844	43 865
Summe ohne inerte Gase	29 531	30 164	28 885	29 512	31 819	33 431	34 664	30 162	31 425	33 067

Unter den Herbiziden nehmen Glyphosat-haltige Mittel (u. a. »Roundup«) einen außerordentlich großen Anteil ein: Rund 5 000 Tonnen entfallen allein auf diese Wirkstoffgruppe. Damit hat sich die Einsatzmenge in einem Zeitraum von eineinhalb Jahrzehnten mehr als verdreifacht. In der wissenschaftlichen wie in der öffentlichen Kritik standen 2011/2012 erneut die Wirkstoffe Glyphosat und Clothianidin. Glyphosat (Roundup) unter anderem deshalb, weil es – wenn auch unterhalb der Grenzwerte – in Mehlen aus Getreide und in Linsen nachgewiesen wurde (siehe auch den Jahresrückblick zum Verbraucherschutz unten auf S. 261). Auch im Zusammenhang mit der Krankheit »Chronischer Botulismus« bei Kühen wird über Roundup als Mitverursacher diskutiert (siehe hierzu den Beitrag von Sievert Lorenzen in diesem Agrarbericht, S. 226–230). Der Einsatz von Clothianidin (Einsatz erfolgt inzwischen bei Mais zur Bekämpfung des Maiswurzelbohrers) wird nach wie vor heftig von kritischen Wissenschaftlern und Imkern wegen seines Anteils an Erkrankung und Tod vieler Bienen und Bienenvölker kritisiert.

Unter Überschriften wie »Ernteerleichterung in Getreide, Raps, Leguminosen« machten zahlreiche Fachzeitschriften und Beratungsfaxe der Officialberatungen Werbung für Sikkation. Darunter ist der Einsatz von Totalherbiziden zwei Wochen bis zehn Tage vor der Ernte zu verstehen. Begründet wurde der Vorschlag vorzugsweise mit Verweis auf die Schädigung vieler Pflanzenbestände im Frühjahr: Unkräuter hätten durch die Frostschäden an den Getreidepflanzen gute Wachstumsbedingungen gehabt, Zwiewuchs sei weit verbreitet zu beobachten und – dies vor allem – mit Störungen bei der Mähdescherernte sei ohne Sikkation zu rechnen.

Totalherbizide ins reife Getreide spritzen – da kann man nur entsetzt fragen: »Rationalisierung, Rationalisierung über alles«? Zum Einsatz kommen vorzugsweise glyphosathaltige Mittel (»Roundup« und andere Handelsnamen). Aufhorchen lassen müssen neben der generellen Problematik von Roundup Hinweise wie: »Kein Einsatz darf erfolgen in Getreide zur Saatguterzeugung und in Getreide für Brauzwecke. Behandeltes Stroh darf nicht für Kultursubstrate verwendet werden«. Sofern die glyphosathaltigen Mittel POE-Tallowamine (Formulierungszusatzstoffe, die das Eindringen des Wirkstoffes verbessern) enthalten sind, sei auch das bespritzte Stroh »nicht zum Zwecke der Tierhaltung und Tierfütterung« zu verwenden.¹² Wenn das öffentlich kommuniziert würde – zum Beispiel indem bei Backwaren aus Getreide, das eine Sikkation über sich hat ergehen lassen müssen, dem Kunden eine Mitteilung gemacht werden müsste – so würde wohl vielen Menschen Brot und Brötchen im Halse stecken bleiben (mit Roundup bespritzte Flächen sind übrigens leicht an einer gelb-orangen Farbe zu erkennen).

Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Problematik des Pestizideinsatzes ist der Verbleib der Wirkstoffe bzw. deren Metaboliten in der Umwelt. Wurden Pestizide bisher vor allem in der Landwirtschaft, im Gartenbau, bei der Bundesbahn, im Forst, von Kommunen und von privaten Haushalten eingesetzt, ist neuerdings ein weiterer gewichtiger Anwender hinzugekommen: die Bauwirtschaft. Im Zusammenhang mit der Gebäudesanierung werden auf die Dämmstoffe Putze aufgetragen, die sehr gut und sehr schnell von Mikroorganismen besiedelt werden können (führt zu deutlich sichtbaren grün- und grau gefärbten Flächen). Um das zu verhindern,

**Einsatz von
Totalherbiziden
verdreifacht**

**Werbung
für Sikkation ...**

**... und Warnung
vor behandeltem Stroh**

werden in die Putzmischungen Pestizide beigemischt. Diese diffundieren im Laufe der Zeit an die Oberfläche und werden Zug um Zug ausgewaschen. Aus der Schweiz gibt es Berichte, nach denen der Pestizideinsatz in der Bauwirtschaft inzwischen eine ähnliche Größenordnung erreicht hat wie der in der Landwirtschaft.

Antibiotikaeinsatz

Im Berichtsjahr 2010 war es vor allem die Frage, welchen Anteil an den MRSA (mehrfach resistente Keime, sogenannte Krankenhauskeime) der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung hat. Zu den Folgen dieser Diskussion gehört nicht nur, dass Landwirte aus spezialisierten Schweine- und Geflügelbetrieben bei der Aufnahme in einem Krankenhaus pauschal als »Risikopatienten« behandelt werden, sondern auch, dass bei Bauanträgen für industrielle Tierhaltungsanlagen Bürgerproteste immer heftiger werden. Als Nachtrag zu diesem Thema sei noch auf eine Untersuchung der (bekanntlich sehr industriefreundlichen) Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit hingewiesen. Daraus ergab sich, dass die Betriebsgröße einen erheblichen Einfluss auf das Auftreten von MRSA hat. So sei in einer Schweinemastanlage mit 400 Mastplätzen die Wahrscheinlichkeit einer Kontamination doppelt so hoch wie bei einer Anlage mit 100 Plätzen.¹³ Als weiterer Nachtrag ist zu berichten, dass der Anteil der tierassoziierten MRSA »an allen Krankenhäusern im Münsterland« von 2008 bis 2011 von 13 Prozent auf 30 Prozent gestiegen ist.¹⁴ Das heißt: Es ist nicht nur ein Einfluss durch den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung vorhanden, sondern dieser Einfluss ist auch noch sehr stark gewachsen.

**MRSA-Keime:
eine Frage
der Betriebsgröße**

Den »Donnerschlag« in der Diskussion um Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung im Jahr 2012 lieferte dann der »Abschlussbericht: Evaluierung des Antibiotikaeinsatzes in der Hähnchenhaltung« des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz in NRW (veröffentlicht am 14. November 2011). Auf der Basis der Abgabebelege der Tierhalter ergab sich, dass es von den insgesamt untersuchten 182 Betrieben nur 18 gab, in denen keine Antibiotika zum Einsatz gekommen waren. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Vertragsbetriebe eines konventionellen Geflügelschlachthofes, in dem Antibiotikaeinsatz prinzipiell untersagt war, und um Ökobetriebe. Nur 3,59 Prozent aller Hähnchen hatten keine Behandlung mit Antibiotika gehabt. Noch einen drauf setzte der wenig später veröffentlichte »Bericht über den Antibiotikaeinsatz in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung in Niedersachsen« des Niedersächsischen Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, erschienen im November 2011. Er bezog sich nicht nur auf Masthähnchen, sondern auch auf Puten, Mastschweine und Mastkälber. Auch bei dieser Untersuchung waren die Erhebungsgrundlage die Abgabebelege der Agrarunternehmen (nicht die reale Behandlungspraxis). Die Ergebnisse zeigen überaus deutlich, dass der Antibiotikaeinsatz in der Haltung dieser Tierarten nicht die Ausnahme, sondern die Regel ist (Tabelle 3).

**Antibiotikaeinsatz
die Regel ...**

**... mit Ausnahme bei
Ökobetrieben**

Tab. 3: Betriebe mit und ohne Antibiotikaeinsatz in Niedersachsen 2011

	mit	Therapiehäufigkeit/Tier	ohne
Masthühner	83 %	6,8	17 %
Puten (Aufzucht u. Mast)	92 %	9,8	8 %
Mastschweine	77 %	4,6	23 %
Mastkälber	100 %	29,8	0

Das Landwirtschaftsministerium Niedersachsen stellte im Jahr 2012 einen Plan vor, der das Ziel hat, die Einsatzhäufigkeit zu vermindern. Von herausragender ideologischer Bedeutung ist, dass bei der Vorstellung des Berichts sowohl durch den Landwirtschaftsminister (Herrn Lindemann) als auch durch den agrarpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion (Herrn Priesmeier; er hat seinen Wahlkreis in Niedersachsen) betont wurde, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen der Größe eines Tierbestandes und dem Antibiotikaeinsatz. *Dabei hatte die Untersuchung dazu selbst keinerlei Aussagen gemacht!* Was nur wieder einmal zeigt: Nichts wird

von den Fürsprechern der Agrarindustrie so sehr gefürchtet wie der Nachweis, dass Industrialisierung regelhaft einhergeht mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Tiere.

Der nächste Donnerschlag in der Debatte um Antibiotikaeinsatz in der Tiermast ereignete sich, als das Bundeslandwirtschaftsministerium in der 37. Kalenderwoche des Jahres 2012 dazu erstmals Zahlen veröffentlichte. Danach hatten im Jahr 2011 Pharmaproduzenten und -großhändler 1734 Tonnen Wirkstoffe an deutsche Tierärzte verkauft. Das war mehr als doppelt so viel wie der Bundesverband für Tiergesundheit (Sprachrohr der veterinärmedizinischen Industrie) für das Jahr 2005 angegeben hatte.¹⁵

Wirtschaftliche Lage der Betriebe

Angaben über Gewinn und Einkommen beziehen sich auf den jährlichen Bericht der Bundesregierung »Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe«. Dieser Bericht erscheint stets im Frühjahr des Folgejahres; das heißt die Daten, über die hier berichtet werden kann, beziehen sich auf das Wirtschaftsjahr 2010/2011. Methodisch ist anzumerken:

- Die Angaben basieren auf einer großen Zahl von Buchführungsergebnissen (größer als 10 000), die Auswahl der Betriebe selber ist aber nicht im klassischen Sinne repräsentativ. Kleinere Betriebe sind deutlich zu wenig vertreten.
- Bei der Einteilung der Betriebe nach Größe bzw. nach ihrer wirtschaftlichen Ausrichtung (Betriebsform) hat es eine wesentliche Änderung gegeben: Die Unterteilung erfolgt nicht mehr nach den Standarddeckungsbeiträgen, sondern nach dem Standard-Output (SO). Er ist definiert als »geldwerte Bruttomarktleistung landwirtschaftlicher Erzeugnisse«. Das führt zu erheblichen Änderungen: Die Betriebsformen mit einem großen Gewicht variabler Kosten (in Sonderheit die Geflügel- und die Schweinehaltung) werden stärker gewichtet als solche mit einem geringeren Gewicht variabler Kosten (beispielsweise die Milchviehhaltung). Als Haupterwerbsbetriebe werden ab 2010/2011 Betriebe eingeordnet, die einen Standard-Output von mehr als 50.000 Euro und mindestens einer Voll-Arbeitskraft haben. Neben-erwerbs- und Kleinbetriebe sind jene mit weniger als 50.000 Euro Standard-Output oder mit weniger als einer Voll-Arbeitskraft.

**Testbetriebe für
Regierungsbericht
nicht repräsentativ**

Vor der folgenden Übersicht über die wirtschaftliche Lage der Betriebe müssen noch einige weitere einschränkende Bemerkungen gemacht werden:

- Wie genau die Betriebe ausgewählt werden, deren Ergebnisse Eingang für den in den Bericht »Die wirtschaftliche Lage...« finden, wird in der methodischen Einleitung nicht deutlich.
- Berichtet wird auf der Basis von Buchführungsdaten, bei deren Erstellung auch steuerliche Überlegungen unterschiedlichster Art eine Rolle spielen.
- Die Praxis der Betriebe ist gekennzeichnet durch mannigfaltige Anpassung der Rechtsform an das Steuerrecht, die Vorgaben über Tierbestandszahlen und vieles mehr. So ist es vor allem in viehintensiven Regionen als Normalzustand weit verbreitet, dass Betriebe ein- oder mehrmals geteilt sind. Zunehmend spielen auch Bewirtschaftungsverträge eine Rolle; bei ihnen bewahrt ein Betrieb den Anschein der selbständigen Betriebsführung, obwohl real ein anderer oder mehrere andere Betriebe die Bewirtschaftung durchführen (Motiv für diese Konstruktion ist in der Regel die Absicht, unmittelbare Empfänger der staatlichen Direktzahlungen zu bleiben).

Trickreiche Praxis

Diese und ähnliche Gegebenheiten sind in der Praxis von erheblicher Bedeutung; es ist aber unklar, ob und wie sie im »Bericht zur wirtschaftlichen Lage...« Berücksichtigung finden.

Nun zu den Ergebnissen: Betrachtet man den Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe, so hat sich der Gewinn pro Betrieb und ebenso das Einkommen (plus Personalaufwand¹⁶) je Arbeitskraft 2010/2011 sowohl gegenüber dem vorhergehenden Jahr deutlich verbessert (siehe Tabelle 4) als auch gegenüber dem langjährigen Mittel:

Tab. 4: Gewinne bei Haupterwerbsbetrieben

	Gewinn je Unternehmen	Gewinn plus Personalaufwand je AK
2009/2010	40.870	24.576
2010/2011	54.375	30.892

**Deutlicher
Gewinnanstieg**

Betrachtet man die Haupterwerbsbetriebe nach der Betriebsform, so sind klarer Spitzenreiter die *Ackerbaubetriebe* (74.715 Euro pro Betrieb; plus 48 Prozent gegenüber Vorjahr). Hier zeigt sich vor allem der 2007 beginnende starke Anstieg der Getreidepreise. Dieser starke Gewinnzuwachs erfolgte, obwohl sich in gleichem Umfang der Aufwand für Düngemittel erhöht hat. Nach den beiden extrem schlechten Vorjahren haben die *Milchbetriebe* als Folge der gestiegenen Milchpreise den Gewinn deutlich verbessern können (58.364 Euro Gewinn pro Betrieb; plus 54 Prozent). Dies obwohl auch die Futtermittelpreise stark angestiegen sind. Im Gegensatz zu den Milchbetrieben haben die anderen *Futterbaubetriebe* (Rinderaufzucht und -mast) sich zwar ebenfalls verbessern können (plus 30 Prozent), der Gewinn pro Betrieb lag aber mit 38.174 Euro auf niedrigem Niveau. Auch bei den *Gemischtbetrieben* hat sich der Gewinn deutlich verbessert (47.124 Euro), hier vor allem bei dem Schwerpunkt Ackerbau. Gewinnanstieg verzeichneten auch die Dauerkulturbetriebe auf 54.282 Euro; er war deutlich größer im *Obstbau* (plus 34 Prozent) und im *Weinbau* (plus acht Prozent). Obwohl die *Veredelungsbetriebe* bei langjähriger Betrachtung eher überdurchschnittlich abschließen konnten, war das vergangene Wirtschaftsjahr gekennzeichnet durch ein ganz und gar unbefriedigendes Ergebnis (Gewinn der Betriebe 38.877 Euro; minus 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Das negative Ergebnis war besonders stark ausgeprägt bei den Betrieben mit Schwerpunkt Sauenhaltung und beleuchtet unmittelbar die anhaltende Tendenz der Betriebsaufgaben in diesem Bereich.

Wie in den Vorjahren sind die Einkommensunterschiede in Abhängigkeit von der Betriebsgröße außerordentlich stark (siehe Tabelle 5):

Tab. 5: Gewinn je Unternehmen in Abhängigkeit von Betriebsgröße

Betriebsgröße (in 1.000 Euro Standard-Output)	Anteil der Betriebe in Prozent	Gewinn je Unternehmen Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
kleinere (50 – 100)	30,0	27.453	+ 38,4
mittlere (100 – 250)	43,8	50.187	+ 34,5
größere (> 250)	26,2	90.222	+ 29,2

Auch bei den Nebenerwerbsbetrieben stieg der Gewinn deutlich an (plus 59 Prozent) auf 11.880 Euro. Ihr außerlandwirtschaftliches Erwerbseinkommen betrug 14.007 Euro. Das bedeutet, dass der Einkommensanteil aus der Landwirtschaft für diese Betriebe eine wichtige Rolle spielt!

Von den ausgewerteten Personengesellschaften waren 56 Prozent Genossenschaften; die übrigen gehörten der Rechtsform GmbH/AG/e.V. und GmbH u. Co. KG an. Auch hier gab es eine deutliche Zunahme beim Jahresüberschuss, dies vor allem bei den Gemischtbetrieben (Tabelle 6).

**Wer hat,
dem wird gegeben**

Die starken Einkommensunterschiede werfen natürlich die Frage auf, ob es vertretbar ist, die staatlichen Direktzahlungen weiter an den Umfang der bewirtschafteten Fläche zu knüpfen. Wer am Markt schon hohe Gewinne realisieren kann, muss nicht auch noch üppig mitversorgt werden. Gerade weil Direktzahlungen seit 1993 ein neues System begründet haben (»Kombieinkommen«; siehe auch den Beitrag von Onno Poppinga und Frieder Thomas in diesem Agrarbericht auf S. 31–38) wäre es erforderlich, dass intensiv über *Einkommen* diskutiert wird. Das jetzige, starr an den Flächenumfang gekoppelte pauschale System ist gänzlich unbefriedigend. Erforderlich ist zumindest eine Abstufung der Direktzahlung in Kombination mit der Höhe des Einkommens aus Markttätigkeit. Viel besser wäre allerdings ein Wechsel der *Bemessungsgrundlage* von der Fläche zur Arbeit.

Tab. 6: Jahresüberschuss pro Unternehmen von Personengesellschaften

	Jahresüberschuss in 1.000 Euro/Unternehmen	Jahresüberschuss plus Personalaufwand Euro/AK
Ackerbau	156	41.712
Futterbau	133	31.995
Gemischt	209	34.293

Bei den Betrieben der Ökologischen Landwirtschaft gibt es nur Daten für Haupterwerbsbetriebe. Der Betriebsgewinn betrug bei ihnen im Durchschnitt 78.745 Euro und war leicht höher als bei vergleichbar anzusehenden konventionellen Betrieben.¹⁷ Rechnet man den Gewinn um auf die Arbeitskraft, so ergeben sich mit 34.000 (öko) und 33.000 Euro (konventionell) praktisch die gleichen Werte. Ein wichtiges Thema in der agrarpolitischen Diskussion ist der Anteil der staatlichen Direktzahlungen und Zuschüsse am Gewinn der Betriebe (die Tabellen finden sich im Beitrag von Poppinga und Thomas auf S. 32 in diesem Agrarbericht).

Die Direktzahlungen haben für alle Betriebe außerordentlich große Bedeutung. Dabei ist der Anteil der Direktzahlungen am Einkommen besonders ausgeprägt bei den Nebenerwerbsbetrieben, den Ökobetrieben und bei den Betrieben in der Rechtsform Juristische Personen und es unterscheidet sich das Gewicht der verschiedenen Direktzahlungen zum Teil sehr deutlich:

- Die EU-Direktzahlungen sind deutlich am gewichtigsten bei den größeren Haupterwerbsbetrieben und bei den juristischen Personen (81 Prozent bzw. 76 Prozent der Gesamteinnahmen). Bei den ökologischen Betrieben machen sie mit 51 Prozent dagegen nur gut die Hälfte aller Einnahmen aus.
- Die Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete sind am wichtigsten für die Klein- und Nebenerwerbsbetriebe, für die kleineren Haupterwerbsbetriebe und für die Ökobetriebe.
- Die Agrarumweltmaßnahmen sind, wie von ihrer Zweckbindung her nicht anders zu erwarten, von allergrößter Bedeutung bei den Ökobetrieben (36 Prozent); sie sind aber mit 15 Prozent auch für die kleineren Haupterwerbsbetriebe sehr wichtig.

Aus diesen Gewichtungen lassen sich unschwer Bezüge zur agrarpolitischen Diskussion herstellen:

Wer die größeren Haupterwerbsbetriebe und die Betriebe in der Rechtsform Juristische Person fördern will, verteidigt vor allem die EU-Direktzahlungen. Er lehnt ab die Einführung von Obergrenzen und die Neuausrichtung der Zahlungen auf die betrieblichen Arbeitskräfte. Wer die kleineren Haupterwerbsbetriebe, die Nebenerwerbsbetriebe und die Ökobetriebe unterstützen will, plädiert für eine Erhöhung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete und für Agrarumweltmaßnahmen und er plädiert für eine Anbindung der Direktzahlungen an Arbeitskräfte statt an Fläche.

Als gänzlich überzogen muss aber wohl die im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit den Diskussionen um die EU-Agrarpolitik von zahlreichen Bio- und Umweltverbänden erhobene Forderung angesehen werden, die Erste Säule möglichst ganz in Frage zu stellen und alles Geld in die Zweite Säule zu verschieben. Diese Forderung ist wohl vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Zahl der Biobetriebe kaum noch wächst. Obwohl die Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln in Deutschland weiter zunimmt, kommt es nicht zuletzt durch umfangreiche Importe (Biogetreide aus Australien, Biohonig aus China, Biokartoffeln aus Ägypten) zu unbefriedigenden Ergebnissen auf vielen Märkten. Auch der Abstand zwischen Biogetreide und Biomilch zu den Preisen für konventionelle Ware hat abgenommen. Von den Verbänden – die sich selbst unter einen Wachstumszwang setzen – wird deshalb gehofft, über eine Verschiebung der Gelder von der Ersten in die Zweite Säule mehr Gelder für die Biobetriebe und dadurch wieder mehr Wachstum zu bekommen. Als gänzlich überzogen ist diese politische Forderung zu bezeichnen, weil:

**Direktzahlungen
für alle Betriebe
wichtig**

**Politisch überzogene
Forderung**

**Erste Säule kein
»Verschiebebahnhof«**

- auch für die Biobetriebe die Zahlungen aus der Ersten Säule eine immense Bedeutung haben;
- zu erwarten ist, dass eine starke Erhöhung der Zahlungen aus den Agrarumweltprogrammen (anders als bei einer Erhöhung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete) vom Lebensmittelhandel mit einer starken Absenkung der Marktpreise beantwortet werden würde.
- Die Erste Säule als »Verschiebebahnhof« benutzen zu wollen bedeutet nicht, verstanden zu haben, dass diese Konstruktion seit 1993 die Grundlage eines neuen, allgemeinen Systems der Landwirtschaft geworden ist
- Generell schließlich gilt, dass die Zahlungen aus der Zweiten Säule *kofinanziert* werden müssen durch die Bundesländer. Finanzschwächere Länder stoßen dadurch schnell an ihre Grenzen.

Die Erläuterungen über die unterschiedliche Höhe der Direktzahlungen nach Betriebsgröße und betrieblicher Ausrichtung bedarf einer wichtigen Ergänzung. Die absolute Höhe der staatlichen Direktzahlungen bzw. ihre Bedeutung für das Einkommen der Betriebe kann, wie oben ausgeführt, einfach festgestellt werden. Fragt man aber nach dem Sinnzusammenhang, so zeigen sich die unterschiedlichsten Bestimmungsgründe für die Zahlungen:

**Unterschiedliche
Gründe für
Direktzahlungen**

- Bei den *Ausgleichszahlungen* geht es um einen Ausgleich für von der Natur und der Agrarstruktur gegebene wirtschaftliche Nachteile (der frühere Begriff der »Bergbauernförderung« unterstreicht das beispielsweise). Von der ökonomischen Seite her gesehen geschieht hier ein (Teil-)Ausgleich der höheren Grundrente in den Gunstgebieten. Der große Vorteil gegenüber den anderen Direktzahlungen ist, dass diese Zahlungen *nicht* durch Senkung der Marktpreise wieder »einkassiert« werden. Leider sind die Ausgleichszahlungen von Beginn an viel zu niedrig angesetzt worden (nur ca. 30 Prozent der objektiv bedingten Kostenunterschiede).
- Bei den *Agrarumweltmaßnahmen*, die vor allem für die Ökobetriebe von sehr großer Bedeutung sind, geht es um einen Ausgleich von höheren Kosten, die sich aus der ökologischen Betriebsweise ergeben.
- Im Gegensatz dazu ist Anlass für die *EU-Direktzahlungen* das Bestreben der EU, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise niedrig zu halten und die Bedingungen für Exporte in Drittländer zu verbessern. Dieser Zusammenhang geht sehr deutlich daraus hervor, wie die EU in ihrem Testbetriebsnetz die wirtschaftliche Lage der Betriebe berechnen lässt: Die EU-Direktzahlungen werden direkt von den Kosten der Erzeugung in Abzug gebracht. Von ihrer Wirkung her handelt es sich also um Dumping.
- Bei der *Investitionsförderung* geht es dagegen um eine ökonomische Besserstellung von Betrieben, die ohnehin schon einen hohen Gewinn erwirtschaftet haben.

Preise – Erlöse – Kosten

Für die für 2011/2012 zu erwartende wirtschaftliche Lage gibt die Entwicklung der Preise¹⁸ deutliche Hinweise: Auf der Erlösseite verzeichnet *Getreide* seit 2010 einen sehr starken Anstieg. Auch 2012 gab es weitere Erhöhung der Preise (August 2012 gegenüber August 2011 plus 17,7 Prozent). Bei den *Handelsgewächsen* (u. a. Raps) war nur ein leichter Anstieg seit 2010 zu sehen, der sich auch 2012 fortsetzte (August 2012 gegenüber August 2011 plus 9,3 Prozent). Der Preis für *Kartoffeln* ging gegenüber 2011 (August 2012 gegenüber August 2011) um 25,1 Prozent zurück. *Schlachtrinder* verzeichneten hingegen einen weiteren Preisanstieg (August 2012 gegenüber August 2011) um 13,2 Prozent. Besonders die Jungbullen und die Schlachtkuhpreise haben sich sehr deutlich verbessert. Bei *Schweinen* gibt es seit 2005 kaum Verbesserung, jedoch ab August 2012 einen starken Preisanstieg. Seit dem Katastrophenjahr 2009 erfolgte bei Milch ein leichter Anstieg, 2012 aber schon wieder ein Preisrückgang um 17 Prozent.

**Preise und
Kosten steigen**

Auf der Kostenseite verzeichnet das *Saat- und Pflanzgut* seit Jahren einen Preisanstieg (Juli 2012 gegenüber Juli 2011 plus neun Prozent). Vor allem Saatgut von Sommergetreidearten wurde als Folge der umfangreichen Auswinterungsschäden sehr teuer. Bei *Energie- und Schmierstoffen* setzt sich der langfristig leichte Preisanstieg auch 2012 fort. Die *Düngemittelpreise* haben in den vergangenen Jahren sogar einen sehr starken Anstieg erfahren (2011 zu 2005 plus 74 Pro-

zent). Der Preisanstieg setzte sich 2012 weiter fort. Im Gegensatz zu den Düngemitteln hat bei den *Pestiziden* keine Veränderung des Preisniveaus stattgefunden. Da Getreide ein wesentlicher Bestandteil der *Futtermittel* ist, ist es nicht verwunderlich, dass auch die Futtermittelpreise sehr stark angestiegen sind (2011 gegenüber 2005 um plus 173 Prozent). Dieser Anstieg setzte sich auf 2012 weiter fort. Er war besonders stark bei Ölkuchen (das ist vor allem Soja: Juli 2012 zu Juli 2011 plus 45 Prozent!).

Kleiner Ausblick: Bezüglich der Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage sind folgende Wirkungen zu erwarten: Die Ackerbaubetriebe werden vermutlich ihre Betriebsergebnisse weiter verbessern können, während die Ferkelerzeuger weiterhin mit unbefriedigenden Ergebnissen leben müssen. Ab August gibt es dann für die Betriebe mit Mastschweinen deutliche Verbesserungen. Die Milchviehbetriebe hingegen werden auf die weitere Verschlechterung der Wirtschaftsergebnisse vermutlich mit einer Reduktion des sehr teuren Krafftutters reagieren.

**Gewinner
und Verlierer**

Schweinemarkt

Überschüsse und längst nicht mehr kostendeckende Preise

von Eckehard Niemann

Auch nachdem die Preise für Mastschweine von Juli bis September 2012 von 1,63 auf 1,90 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht stiegen und die Ferkelpreise auf 54 Euro, blieben sie doch unter der Schwelle der Kostendeckung von zwei Euro pro Kilogramm bzw. 65 Euro pro Ferkel.¹⁹ Nur eine Ursache lag in den parallel dazu gestiegenen Einkaufspreisen für Schweinemast-Mischfutter (das immerhin 50 Prozent der Kosten ausmacht) von 250 Euro pro Tonne im Januar 2012 auf über 300 Euro pro Tonne im September 2012. Dabei war der Preis von Sojaschrot sogar um 50 Prozent auf 500 Euro pro Tonne gestiegen. Vor allem infolge dieser explodierenden Futterpreise und auch wegen Tierschutz- und Umweltauflagen sank die Zahl der in Deutschland geschlachteten Schweine von 29,16 Millionen (im ersten Halbjahr 2011) auf 28,91 Millionen (im ersten Halbjahr 2012) – also um etwa ein Prozent und laut der niederländischen Zeitung *Bororderij* vom 11. Oktober 2012 sanken auch die Schlachtzahlen in der EU um ein Prozent. Dies bestätigt einmal mehr sehr deutlich die agrarökonomische Erkenntnis, dass eine Verringerung der Angebotsmenge zu einer weit überproportionalen Erzeugerpreis-Steigerung führt.

**Niedrige
Erzeugerpreise ...**

So liegt die wesentliche Ursache der seit fünf Jahren nicht mehr kostendeckenden Erzeugerpreise für Ferkel und Mastschweine in der massiven Überproduktion. Der Selbstversorgungsgrad von Schweinefleisch ist seit 2010 in Deutschland von 110 auf nunmehr 120 Prozent angestiegen.²⁰ Diese Überschüsse werden von den Schlachtkonzernen systematisch angeheizt, um sie auf dem Weltmarkt, vor allem in Russland und Hongkong, zu Billigpreisen abzusetzen. Auch in der EU ist der Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch 2011 auf 112 Prozent gestiegen.²¹ Eine solche Überschusserzeugung nützt allenfalls den Umsätzen der Fleischkonzerne und den daran gekoppelten Gehältern von Managern, drückt aber angesichts einer stagnierenden und sogar leicht sinkenden Binnennachfrage dauerhaft die Erzeugerpreise der Landwirte. Entsprechend stark waren Betriebsaufgaben und eine weitere Konzentration der Tierbestände.

**... aufgrund massiver
Überproduktion**

Diese Weltmarkt-Orientierung der Fleischkonzerne führt auch angesichts der wachsenden Konkurrenz der brasilianischen und US-Fleischkonzerne zu einer Verschärfung der deutschen und europäischen Schweinemarktkrise. Zu hiesigen Preisen produzieren und zu brasilianischen Billigpreisen auf dem Weltmarkt verkaufen – diese Rechnung kann nicht aufgehen. Bei den in Brasilien und den USA herrschenden Umwelt-, Sozial- und Klimabedingungen lässt sich Schweinefleisch um ein Drittel billiger als in Europa erzeugen.²² Zudem baut Russland mit

Hilfe ausländischer Konzerne (u. a. auch Tönnies) seine eigene Schweineproduktion rasch aus und wird in wenigen Jahren selbst Schweinefleisch exportieren. Auch China strebt die Selbstversorgung an und kauft in großem Umfang den Sojamarkt leer.

**Investitionen
trotz Krise**

Einen »holprigen Weg« und ein Absinken der Schweinepreise (bei anhaltend hohen Futterkosten) sagt denn auch die AMI-Marktberichterstattung voraus – wegen rückläufigen Verbrauchs, weiter steigendem Angebot und einer gedämpften Nachfrage im Export.²³ Offen ist, inwieweit die ab 2013 EU-weit verbindlich vorgeschriebene Umstellung auf die Gruppenhaltung der Sauen zu einem weiteren Ausscheiden von Sauenhaltern führt und inwieweit der Bau neuer Stallkapazitäten diesen Rückgang kompensiert oder überkompensiert. Zu befürchten ist, dass solche Vorgaben ohne begleitende Umstellungs-Förderprogramme den Strukturwandel weiter fördern.

Wenn in dieser Situation trotzdem weiter eine große Zahl neuer Schweine-Anlagen gebaut wird, dann liegt das einerseits daran, dass viele Verbandspolitiker und Investoren diese strukturelle Krise immer noch als vorübergehende Schwächeperiode betrachten, und andererseits daran, dass agrarindustrielle Investoren und Futtermittelkonzerne mit Blick auf eine spätere Marktmacht weitere Agrarfabriken mit Tausenden von Sauen und Zehntausenden von Mastschweinen aufbauen.

Der holländische Agrarindustrielle Adrianus Straathof hält vor allem an Standorten der ehemaligen DDR-Agrarindustrie bereits etwa 35 000 Sauen.²⁴ Jeweils viele Tausende Sauenplätze haben weitere niederländische Investoren wie van Gennip, van Asten, Johannes Maria Straathof, van Nooren, Poels, van Dijck, van der Velde, van Genugten oder Verschelde, daneben auch dänische Investoren (Kirketerp) oder westdeutsche Unternehmen wie ZNVG eG, Einer Schweinezucht, RVV Twistringen eG, WULFA Dinklage, Woestmann, Oberhoff, Kläne Menke, Görtz, Ahlers, Grundkötter sowie direkte Nachfolgebetriebe der so genannten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften aus DDR-Zeiten.

Verdeckte Lohnmast

Bei den Schweinemast-Konzernen mit Zigtausenden von Stallplätzen findet man viele der obigen Namen wieder, außerdem Unternehmen wie Arts und Bolder, Schmidt/SAZA, Kronseeder, Osterhuber oder Thiermann.²⁵

In welchem Umfang Futtermittel- und Genetik-Konzerne (wie Hendrix, Fleming & Wendeln oder GS agri) bei Agrarfabriken beteiligt oder dominant sind, ist schwer abzuschätzen. Berater gehen davon aus, dass etwa ein Drittel der deutschen Schweinebestände bereits in verdeckter Lohnmast gehalten wird. Nach Einschätzung des niedersächsischen Kammerberaters Arnold Krämer befindet sich ein großer Teil der Sauenanlagen mit 800 und mehr Plätzen in Niedersachsen und im Osten schon nicht mehr in der Hand der ursprünglichen Investoren, sondern bereits in zweiter oder sogar dritter Hand. Bei Kaufpreisen von 50 bis 80 Prozent der Baukosten könnten die Übernehmer solche Anlagen mit geringeren Kapitalkosten weiterbewirtschaften. Betriebsleitern rät Krämer zu Vorsicht bei großen Investitionen.²⁶

Angesichts der rasanten Industrialisierung im Schweinesektor scheint klar: Wenn jetzt nicht gehandelt wird, dann beherrschen in wenigen Jahren Konzerne auch die Schweinehaltung – wie jetzt schon in der Geflügelbranche. Allein im Jahre 2011 sank die Zahl der Schweinehaltenden Betriebe weiter um 2 000 auf 30 900²⁷, im ersten Halbjahr 2012 um weitere 800.

**Konzerne
übernehmen die
Schweinehaltung**

Die niederländischen und belgischen Schweinehalterverbände setzen sich in dieser Lage klar für die Interessen ihrer Mitglieder ein – auch gegenüber genossenschaftlichen Schlachtunternehmen: zum Beispiel mit ihrer Forderung nach einer gezielten Reduzierung der von den Landwirten gehaltenen Schweine mit dem Ziel einer Erzeugerpreis-Erhöhung. Im Gegensatz dazu verfolgt der Deutsche Bauernverband weiter eine Partnerschafts-Strategie der gemeinsamen »Wertschöpfungskette« mit den Fleischkonzernen. Die vier größten von ihnen (Tönnies, VION, Westfleisch, D&S-DanishCrown) haben bereits 60 Prozent Marktanteil. Sie nutzen aktuell die Überschuss-Situation und ihre Marktmacht aus, indem sie – entgegen den mit den Mästern vereinbarten Preisregelungen – Schweine zu niedrigeren »Hauspreisen« aufkaufen oder die Zahlungsziele verlängern.

Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) sah kürzlich sogar deutliche Anzeichen dafür, dass die von den Schlachtunternehmen gemeldeten Schlachtgewichte deutlich über den tatsächlichen lagen – vermutlich um auf diese Weise eine ausreichende Versorgung des Schweinefleischmarktes zu suggerieren und weitere Preissteigerungen zu verhin-

dern.²⁸ Laut ISN wurde angesichts zu hoher Erzeugerpreise von einigen großen Schlachtunternehmern eine Einschränkung der Schlachtungen für die nächste Vermarktungswoche angedroht, wenn der Preis nicht um fünf Cent auf 1,88 Euro pro Kilogramm falle.²⁹

Kostendeckende und auskömmliche Erzeugerpreise sind nur möglich, wenn die Überschussproduktion abgebaut wird. Aktuell bestehen hierfür wichtige Möglichkeiten: Die anstehende Novellierung des Bundesbaugesetzes kann den weiteren Bau großer gewerblicher Schweineanlagen mit mehr als 1 500 Mast- und 560 Sauenplätzen bremsen oder sogar verhindern und damit auch die damit verbundene Überschuss-Ausweitung. Auch Umwelt- und Tierschutzforderungen wirken in diese Richtung: Der Tierschutzplan der niedersächsischen Landesregierung ist Ausdruck der Tatsache, dass die EU-Kommission nunmehr auf die Einhaltung ihrer Schweinehaltungs-Richtlinien drängt und diese im Rahmen der EU-Agrarreform zur Voraussetzung der Prämienzahlungen macht. Das Abschneiden (Kupieren) der Schweineschwänze, um die haltungsbedingt gestressten Tiere am Schwanzbeißen zu hindern, wäre zukünftig EU-weit nicht mehr möglich. Man wird den Tieren deshalb nicht nur mehr Platz, sondern auch Stroh (wie von der EU gefordert) und Auslauf geben müssen. Hierzu sind jetzt Umstellungs- und Förderungsprogramme nötig.

Genau diese Forderungen nach einer artgerechten Tierhaltung auf »Bauernhöfen statt in Agrarfabriken« werden von einer starken gesellschaftlichen Bewegung unterstützt. Diese Forderungen sind nicht gegen Bauern gerichtet, sondern könnten und müssten jetzt von Bauern genutzt werden: Eine an Futterflächen gebundene, antibiotika-unabhängige Tierhaltung mit mehr Platz, Stroh und Auslauf für die Tiere senkt nicht nur europaweit die Überschüsse – diese Forderungen können nur Bauernhöfe und nicht Agrarfabriken erfüllen.

**Mehr Umwelt- und
Tierschutz – weniger
Überschüsse**

Nichts Neues im Osten? – Der Schein trügt!

Bodenmarkt, Investoren und demografischer Wandel in Ostdeutschland

von Theodor Fock

Ein Blick auf die Entwicklung der Betriebsstrukturen in den ostdeutschen Bundesländern vermittelt einen Eindruck relativ großer Stabilität: die Anzahl der Betriebe, die Betriebsgrößen und die verschiedenen Rechtsformen – Einzelunternehmen, Personengesellschaften (Gbrs), GmbH und Genossenschaften – haben sich in den vergangenen Jahren nur wenig geändert. Allerdings finden unterhalb der agrarstatistischen Ebene durchaus wichtige Veränderungen statt, die Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung haben werden.

Zum Umfang des Engagements großer landwirtschaftsfremder Investoren im Agrarbereich gibt es weiterhin keine umfassenden Informationen. Es werden aber unverändert größere Landwirtschaftsbetriebe von branchenfremden Personen übernommen wie beispielsweise 2012 die Ducherower Agrar GmbH in Vorpommern mit rund 5 000 Hektar.³⁰ Bei den großen externen Investoren handelt es sich in vielen Fällen um erfolgreiche Unternehmerfamilien aus dem deutschen Mittelstand. Dadurch nimmt der Anteil landwirtschaftlicher Unternehmen und bewirtschafteter Fläche in der Hand von Investoren seit Jahren zu. Für die landwirtschaftlichen Betriebe, die Beschäftigten und die Dörfer kann ein derartiges Engagement durchaus positive Auswirkungen haben, da ansonsten häufig eine Auflösung der Unternehmen und ein entsprechender Arbeitsplatzverlust die Alternative wäre. Allerdings wäre eine Agrarstruktur, die vor allem durch Unternehmen regionsfremder Eigentümer geprägt wird, sicherlich nicht wünschenswert und würde deutlich an das Bild der Gutswirtschaften im 19. Jahrhundert in Mecklenburg erinnern.

**Immer mehr
branchenfremde
Investoren**

Preise für Boden

**Große Dynamik
auf den
Bodenmärkten**

Die Bodenmärkte in den fünf ostdeutschen Bundesländern sind weiterhin durch eine große Dynamik geprägt. Ähnlich wie in den beiden Vorjahren wurden wiederum zwischen 67 000 und 69 000 Hektar Verkäufe von der Statistik erfasst (in Westdeutschland mit einer knapp doppelt so großen Landwirtschaftsfläche zwischen 45 000 und 47 000 Hektar). Am auffälligsten ist die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern verlaufen. Von 2009 bis 2011 sind die Bodenpreise um 67 Prozent gestiegen, die Summe der veräußerten Flächen zugleich um 26 Prozent. Aber auch Brandenburg und Sachsen-Anhalt verzeichnen deutliche Preisanstiege mit 46 bzw. 34 Prozent in demselben Zeitraum, aber ohne eine Ausweitung des Flächenvolumens. Die Verkäufe der bundeseigenen BVVG haben an dieser Entwicklung einen entscheidenden Anteil, denn in diesen drei Bundesländern verfügt die BVVG noch über große Flächenvorräte. Mit Verkäufen von rd. 39 000 Hektar (seit 2010 nur noch zum Verkehrswert) hat die BVVG eine überragende Stellung am Bodenmarkt.

Viel externes Kapital

In Mecklenburg-Vorpommern sind die Ausgaben für Bodenkäufe, die 2010 bereits 160 Millionen Euro (18 Prozent der Wertschöpfung des Agrarsektors) betragen, auf 285 Millionen Euro angestiegen, was 26 Prozent der aktuellen Wertschöpfung entspricht. Werden für die Flächennutzung die durchschnittlichen Pachtpreise der Bestandspachten von rund 150 Euro je Hektar herangezogen, erreicht der Aufwand für die Bodennutzung etwa 50 Prozent der Wertschöpfung des Sektors. Diese Relationen verdeutlichen, dass der Umfang von Bodenkäufen nur durch einen hohen Fremdkapitalanteil (wenn die Käufer bestehende Betriebe sind) oder durch Zufluss von externem Kapital zustande kommen kann. Zwar bieten verschiedene Banken derzeit durchaus günstige Finanzierungsmodelle zum Flächenkauf an, aber durch die seit Jahren anhaltende Dynamik am Bodenmarkt ergeben sich irgendwann selbst für profitable Betriebe Liquiditätsengpässe. Dabei finden externe Flächenzukäufe in unterschiedlicher Form statt: als direkter Ankauf, als Aufkauf bestehender Betriebe und anschließendem weiteren Flächenzukauf sowie über stille Beteiligungen. Damit Betriebe den Zukauf vor allem von BVVG-Flächen finanzieren können, werden somit kapitalkräftige Partner in der einen oder anderen Form »ins Boot« geholt.

**BVVG
mitverantwortlich
für rasanten
Preisanstieg**

Der Bodenmarkt beeinflusst daher die agrarsektorale Entwicklung zumindest in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt in großem Umfang mit. Wenn viele Betriebe ihre Investitionsentscheidungen vorrangig auf den Bodenzukauf ausrichten und damit zwangsläufig andere betriebliche Investitionen zurückgestellt werden, werden das Produktionspotenzial und die Wettbewerbsfähigkeit hinter den eigentlichen Möglichkeiten zurückbleiben mit allen Folgen auch für die ländliche Regionalentwicklung. Noch problematischer erscheint der indirekte Effekt auf die Eigentumsstrukturen der landwirtschaftlichen Betriebe in vielen Regionen. Immer mehr Betriebe gehen dadurch unmittelbar oder mittelbar in das Eigentum landwirtschaftsfremder, überregionaler Anleger über. Professor Kirchhof, der ehemalige Bundesverfassungsrichter, hat diese Entwicklung ebenfalls vor kurzem kritisiert und vor dem Verlust der Funktionen des Privateigentums in der Landwirtschaft gewarnt.³¹ Die statistischen Durchschnittsangaben verschleiern den tatsächlich rasanten Preisanstieg der vergangenen Jahre. So wurden bei vielen BVVG-Ausschreibungen Verkaufswerte von deutlich über 20.000 Euro je Hektar (auch für Verkaufslose von 50 oder 100 Hektar!) erzielt, die damit sogar das Preisniveau Westdeutschlands übertreffen. Die Bereitschaft, derartig hohe Preise zu zahlen, erklärt sich durch die vermeintlich sichere Kapitalanlage, das aktuell sehr niedrige Zinsniveau und den Trend der über die letzten Jahre stetig steigenden Preise. Damit sind alle Voraussetzungen für das Entstehen einer Überhitzung am Bodenmarkt gegeben. Die Position der Bundesregierung, die Bundesländer seien primär für die agrarstrukturelle Entwicklung verantwortlich, ist in diesem Punkt nicht haltbar, da das Handeln einer bundeseigenen Institution diese Entwicklungen maßgeblich beeinflusst.

Was bewirkt der demografische Wandel?

Auf einige Folgen des in Ostdeutschland besonders schnellen demografischen Wandels für die Eigentumsstrukturen der ostdeutschen Betriebe soll hier eingegangen werden. Wenn beispielsweise ein oder mehrere Miteigentümer ausscheiden wollen und die übrigen Gesellschafter diese

nicht zu den aktuellen Vermögenswerten auszahlen wollen oder können, kann es deshalb zu Veränderungen in der Eigentumsstruktur kommen. Ein Externer kann hinzugezogen werden, der das bestehende Unternehmen ganz oder teilweise aufkauft. Bei vergleichsweise großen Betrieben sind dies dann vielfach Kapitalanleger von außerhalb der Landwirtschaft. Bei für Ostdeutschland kleineren Betrieben finden sich auch westdeutsche Landwirte, die die Gelegenheit nutzen, zum Beispiel eine Agrargenossenschaft für die Fortführung als Familienbetrieb zu übernehmen. Für landwirtschaftliche Einzelunternehmen, bei denen der Betriebsleiter über 45 Jahre alt ist, ist in Ostdeutschland zu 29 Prozent die Hofnachfolge gesichert, in Deutschland insgesamt zu 31 Prozent.³²

Ausblick

Die Wertschöpfung in der ostdeutschen Landwirtschaft je Hektar liegt deutlich unter dem westdeutschen Vergleichswert (je Arbeitskraft allerdings deutlich höher). Neben einigen agrarpolitischen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel der niedrigen Ausstattung mit Milch- und Zuckerrübenquoten nach der Wende dürfte dies primär mit der allgemein niedrigen Kapitalausstattung für den Neustart in den 1990er-Jahren und dem hohen Investitionsbedarf in allen Bereichen zusammenhängen. Die heutige Entwicklung auf dem Bodenmarkt lenkt erschreckend viel Kapital in Flächenzukäufe. Dies ist aus einzelbetrieblicher Perspektive verständlich, aber für die Überwindung der geringen Wertschöpfungsintensität schädlich.

Die ostdeutsche Landwirtschaft kann von der aktuell günstigen Preissituation für Getreide und Raps profitieren. Die niedrigen Milchpreise treffen vor allem die Minderheit der Milchviehbetriebe (4 000 von 25 000 Betrieben insgesamt). Die hohen Preise für die wichtigsten Ackerkulturen wirken unverändert preiserhöhend für die Bodenmärkte. Außerlandwirtschaftliche Investoren sind immer noch auf der Suche nach sicheren Anlageoptionen. Im Bestand der BVVG befinden sich noch rund 280 000 Hektar (vorrangig in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt) und die Bundesregierung beabsichtigt, das derzeitige Vorgehen beim Verkauf der Flächen beizubehalten.³³ Es spricht also viel dafür, dass sich der Preisanstieg auf den Bodenmärkten noch fortsetzen wird. Damit dürften die indirekten Folgewirkungen auf die Agrarstruktur ebenfalls anhalten. Eine von der Politik erwünschte eigenständige ländliche Regionalentwicklung wird sich dann immer weniger realisieren lassen. Der Wettbewerb am Bodenmarkt zwischen regionalen Landwirten, großen Investoren und anderen Kapitalanlegern wird anhalten und die Gefahr einer Preisblase kann dadurch ansteigen.

**Eigenständige
ländliche Entwicklung
erschwert**

Anmerkungen

- 1 Statistisches Bundesamt: Landwirtschaftszählung, Agrarstrukturerhebung 2010., Fachserie 3, Reihe 1, Wiesbaden, 2010.
- 2 Beispielsweise www.situationsbericht.de.
- 3 Dummerweise werden allerdings auch der Bergbau und die Steine abbauenden Unternehmen zum primären Sektor gezählt, obwohl sie – im gänzlichen Gegensatz zur Landwirtschaft – ihren Gegenstand bei einmaliger Nutzung komplett verbrauchen.
- 4 Ernte 2012: Mengen und Preise, 31. August 2012, BMELV (Hrsg.), Bonn und Berlin.
- 5 Statistisches Bundesamt: Fachserie 3, Reihe 3.1.2 (Vorbericht). Wiesbaden 2012.
- 6 Statistisches Bundesamt: Viehbestand vom 3. Mai 2012, Fachserie 3, Reihe 4.1. Wiesbaden, 2012, S. 7.
- 7 Ebd., S. 4.
- 8 Statistisches Bundesamt: Produzierendes Gewerbe. Düngemittelversorgung. Fachserie 4, Reihe 8.2, Wiesbaden 2011 und 2012.
- 9 Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit hat die Angaben für 2011 erst im Juli 2012 veröffentlicht; für 2012 liegen noch keine Angaben vor.
- 10 BVL: Absatz an Pflanzenschutzmitteln in der Bundesrepublik Deutschland, Ergebnisse der Meldungen gemäß § 64 Pflanzenschutzgesetz für das Jahr 2011. Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, Braunschweig.
- 11 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe, 43/2012, S. 17.
- 12 Zitate aus »Beratungsfax Pflanzenproduktion«, LLH Hessen, Nr. 24/2012.
- 13 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen Lippe, 23/2010, S. 12.
- 14 N.N.: Landwirt als Risikopatient. In: Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen Lippe, 40/2012, S. 90.
- 15 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen Lippe, Nr. 38/2012, S. 4.
- 16 Über die Konstruktion Gewinn plus Personalaufwand soll eine Vergleichsmöglichkeit zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben einerseits und Betrieben in der Rechtsform einer juristischen Person andererseits hergestellt werden.
- 17 Hier gibt es im »Bericht...« leider unterschiedliche Angaben.
- 18 Statistisches Bundesamt: Preise. Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft, August 2012, Fach-

- serie 17, Reihe 1. Die letzten Angaben sind vom August 2012; Basis der Indizes ist das Jahr 2002 (Angaben ohne MwSt.).
- 19 Alle Preisangaben aus: Matthias Kohlmüller (2012): Landvolk: Schweinepreise sind zu niedrig. Agrarmarkt-Informationsgesellschaft AMI. Pressemitteilung zum Vortrag beim DBV-Veredlungstag in Schwerin am 13. September 2012 sowie aus www.agrarheute.com vom 16. Juli 2012.
- 20 BMELV, Statistik und Berichte, Tabelle 280 – Versorgung mit Fleisch. 21. Februar 2012 (www.destatis.de) sowie Kohlmüller, siehe Anm. 19.
- 21 Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländliche Räume: Agrarmärkte 2011/2012, Schwäbisch Gmünd.
- 22 Hesse, Dirk (2010): Weltweite Trends in der Schweineproduktion. Vortrag vor DLG-Ausschuss Schweineproduktion. Manuskript.
- 23 Kohlmüller, siehe Anm. 19.
- 24 Landwirtschaftliches Wochenblatt Westfalen-Lippe (s. o.) 48/2010.
- 25 Niemann, Eckehard (2010): Die verschwiegene Agrarindustrialisierung. In: Der kritische Agrarbericht 2010, S. 46-50.
- 26 top agrar, März 2012.
- 27 Statistisches Bundesamt, BMELV, Pressemitteilung vom 12. Januar 2012.
- 28 agrarheute.com vom 8. Oktober 2012.
- 29 ISN, Pressemitteilung vom 12. Oktober 2012.
- 30 Nordkurier (Ausgabe Anklam), 18. September 2012.
- 31 AgraEurope, Länderberichte, S. 20, 22. Oktober 2012.
- 32 Statistisches Bundesamt: Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (www.destatis.de).
- 33 Bundesministerium der Finanzen: Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Cornelia Behm u.a. der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen »Agrarstrukturelle Wirkungen der Flächenprivatisierung durch die BVVG und mögliche Schlussfolgerungen für die Privatisierungsgrundsätze«, Schreiben vom 26. September 2012, Berlin.



Professor Dr. Onno Poppinga

Hochzeitsstraße 5,
34376 Immenhausen-Holzhausen
E-Mail: rondopopp@t-online.de



Dipl.-Ing. agr. Eckehard Niemann
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
Landwirtschaft (AbL) und Mitkoo-
rdination des Netzwerks »Bauernhöfe
statt Agrarfabriken«

Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel
E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de



Professor Dr. Theodor Fock
Professur für Agrarpolitik am
Fachbereich Agrarwirtschaft und
Lebensmittelwirtschaft an der
Hochschule Neubrandenburg

Brodaerstr. 2 / Haus 1,
17033 Neubrandenburg
E-Mail: fock@hs-nb.de